



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Deutsch-Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Deutsch-Oesterreich.

Wien, Anfang December.

Vor etwa neun Monaten schrieb ich Ihnen, daß wir am Vorabende einer neuen Verfassungsrevision und zwar noch nicht der letzten stünden. Seitdem haben sich nach und nach alle unabhängigen Organe der Publi- cistik der Frage bemächtigt, ob in der bisherigen Weise fortregiert werden könne oder nicht; fast ausnahmslos sind sie dahin gelangt, diese Frage zu verneinen, und logischerweise mußten sie in Folge dessen die schleunige Revision einer Verfassung fordern, welche nun einmal, unbeschadet ihrer vielen guten Eigenschaften, notorisch nicht lebensfähig ist. Die große Zahl von Blättern, welche mit Ernst in diese Discussion eingetreten sind, zeigt, was zu glauben man kaum noch den Muth hatte, daß die Mehrheit auch der Deutschösterreicher noch ein aufrichtiges Interesse an dem Bestande des Reiches nimmt. Bei wem dies nicht der Fall, wie würde dem bekommen einen Zustand zu per- horresciren, welcher ihm größere Garantien politischer und socialer Freiheit gewährt als irgend ein früherer, der dem deutschen Elemente das Uebergewicht sichert und — endlich die Rückzugslinie nach dem neuerstehenden Deutschland offen läßt. Nehmen wir ferner an, daß von den Reformgegnern wohl eben- falls die große Mehrheit im Herzen gut österreichisch ist und sich nur von un- klaren Sympathien und von sophistischen Führern irre leiten läßt — und ein solches numerisches Verhältniß ist mit Grund anzunehmen — so haben wir einen Kern, aus welchem ein echter Patriot und echter Staatsmann etwas machen könnte. Allein nach den Leistungen österreichischer Regierungs- kunst während der letzten zwanzig Jahre muß man mit größerer Sicherheit darauf rechnen, daß dieser Kern mit List und Gewalt werde zerstückelt und zerstreut werden. Die treuesten Anhänger und die ältesten Freunde zu ver- lehen oder irre zu machen, mit dem Feinde von gestern zu kokettiren und ihm morgen wieder zu zeigen, daß man ihn nur zum besten gehabt habe: diese Kunst verstanden alle die Minister, welche seit Schwarzenberg und Stadion die äußere und innere Politik unseres Staates geleitet haben, und in diesem Stücke scheinen auch Graf Beust und die Bürgerminister nicht von der Tra- dition abweichen zu wollen. Giskra war es, der einst mit gewohnter Em- phase in seinem und seiner politischen Freunde Namen erklärte, so gut wie Schmerling und Rechberg würden auch sie das Staatsruder zu lenken wissen. Sie haben getreulich Wort gehalten: der Reichsrath der deutsch-slavischen Länder ist nicht minder eine Fiction, als es damals der „weitere Reichsrath“ war, die Verfassung wird von einem sehr großen Theil der Bevölkerung nicht anerkannt, in Dalmatien besteht offene Empörung, und das Ministerium geht an innerer Uneinigkeit und Unentschlossenheit zu Grunde.

Vielleicht besteht dieses Cabinet schon nicht mehr in dem Augenblick wo ich schreibe, denn eben jetzt geht das Gerücht, dasselbe habe den Kaiser um seine Entlassung gebeten. Und sollte es gelingen, den Riß noch einmal zu verkitten, für längere Zeit hält diese Combination auf keinen Fall mehr. Daß dieses mit so großen Hoffnungen begrüßte Ministerium ein derartig klägliches Tuch nehmen werde, war freilich schon vor längerer Zeit vorauszusehen, die Schwierigkeiten begannen ja schon ehe es noch constituirt war. Eine Verfassung, welche zu den liberalsten gehört, war vom Reichsrath beschloffen, vom Kaiser sanctionirt worden, Versöhnung der Nationalitäten auf der Basis der Freiheit war die Parole. Aber schon als es sich darum handelte, dieses Programm durchzuführen, zeigte sich wenig rechtes Vertrauen zu demselben. Herbst machte immer neue Schwierigkeiten, verlangte bald dieses, bald jenes Portefeuille, trat bald ganz zurück und doch bestanden die Uebrigen darauf, ihn in ihrer Mitte zu haben, weil sie sich nichts weniger als aufrichtiger Unterstützung von ihm versahen, falls er Führer der Majorität des Abgeordnetenhauses geblieben wäre. Brestel hatte von jeher einer viel weitergehenden Autonomie das Wort geredet, als von der centralistisch gesinnten Mehrheit zugestanden worden war, und nur aus Parteidisciplin verstand er sich zum Eintritt in das Cabinet. Berger neigt ebenfalls der föderalistischen Partei zu, während Hasner nur mit großem Widerstreben den Dualismus als fait accompli anerkannte. Fürst Auersperg wurde der Sache bald überdrüssig; angebliche Einmischungen Beust's in die inneren Angelegenheiten Westösterreichs gaben ihm den Vorwand zum Rücktritt, doch wußte Jedermann, daß der Fürst die Aufgabe zu unerfreulich fand, die disparaten Elemente der Regierung zusammenzuhalten. Aspiranten auf das Präsidium barg das Ministerium in mehrfacher Anzahl, da aber Niemand sich einem Seinesgleichen unterordnen mochte und keiner von den verfassungstreuen „Cavalieren“ sich zur Rolle eines bloß repräsentirenden Vorsitzenden hergeben wollte, einigten sich alle dahin, den Polizeiminister Grafen Taaffe zum Präsidenten zu verlangen, denselben Mann, welchen sie als Burauftraten nur widerwillig, nur weil Beust es entschieden verlangte, unter sich aufgenommen hatten, und den lächerlich zu machen die vertrauten Organe des einen oder anderen seiner Collegen unablässig bemüht gewesen waren. Nun scheint er aber doch nicht ganz so willenlos und süßsam gewesen zu sein, wie man hoffte, denn die Agitation gegen ihn begann unmittelbar nachdem „das Vertrauen“ sämmtlicher Minister ihn an die Spitze des Cabinets gebracht hatte. Ueberhaupt wurde nie zuvor die öffentliche Meinung so prompt über die Stimmungen und Stellungen im Schooße der Regierung aufgeklärt, wie gegenwärtig, die Neckereien und offenen Anschuldigungszwischen den verschiedenen Fractionen belebten fortwährend die Spalten der Wiener und der hervor-

ragenden Provinzblätter und einzelner deutscher Zeitungen, welche entweder mit dem Pressbureau in Verbindung stehen oder sich durch ihre Wiener Correspondenten in den Streit hineinziehen ließen.

Die Verfassungsfrage scheint die Krisis acut gemacht zu haben, die persönlichen Differenzen gewannen dadurch wenigstens principielle Vorwände. Daß etwas geschehen müsse um die Volkswünsche zu befriedigen steht fest; die Mehrheit im Ministerium jedoch wie im wesentlichen die Partei, aus welcher es hervorgegangen ist, schrickt vor dem Gedanken zurück, an der Verfassung zu ändern und will sich damit begnügen, die Zahl der Reichsrathsmitglieder zu verdoppeln, allenfalls die Abgeordneten direct anstatt durch die Landtage wählen zu lassen. Und das wäre keine Verfassungsänderung? Man behauptet so. Die Regierung hoffte die Neuerung ohne Gelat ins Leben führen zu können, indem sie den Landtagen nahe legte, selbst auf das Wahlrecht für den Reichsrath zu verzichten. Natürlich wollte man aber in allen jenen Ländern von der Zumuthung nichts wissen, wo vermittelst der höheren kunstreichen Schmerling'schen Wahlordnung Minoritäten im Lande die Mehrheit im Landtage besitzen. Anstatt eines Substrats für einen Gesetzentwurf erhielt die Regierung in den Voten der Landtage nur den deutlichsten Beweis, daß jedes System auf wenigstens ebensoviel Widerstand wie Zustimmung stoßen werde. Wie man sich aus dieser Verlegenheit zu helfen suchen wird, ist noch nicht bekannt, aber es läßt sich Eins gegen Hundert wetten, daß wieder eine halbe Maßregel zum Vorschein kommen wird.

Das bestehende Wahlsystem, welches nicht nur die Classen acceptirt, sondern auch noch Elemente der ständischen und der Interessenvertretung damit vermengt hat, ist unleugbar eines der schlechtesten, die nur erdacht werden können; und wie man sich auch drehen und sperren möge, es wird über kurz oder lang das allgemeine Wahlrecht anerkannt werden müssen, wenn auch durch einen größeren Censur begrenzt, — denn daß, wer über das Wohl des Staates mitreden will, auch irgend ein noch so geringes Interesse an dessen Bestande haben müsse, ist ein Satz, welcher bei den inneren Verhältnissen Oestreichs gegen jede andere Theorie verfochten werden kann und muß. Entschlüsse man sich, in diesem Sinne vorzugehen, so würde eine Hauptquelle der Unzufriedenheit verstopft; wird wieder gewartet, bis die jetzt Ausgeschlossen die Zulassung ertrocken, so muß selbstverständlich viel mehr bewilligt werden, ohne daß es günstigen Eindruck macht.

Aber die Frage ist in Oestreich keine ausschließlich politische, und mit politischen Rechten allein ist Befriedigung nicht herzustellen. Das hat eben jene Partei erkannt, welche ich die österreichische nenne. Zehn Jahre des Scheinconstitutionalismus und des parlamentarischen Regiments haben eine Wahrheit handgreiflich deducirt: die slavischen Völkerschaften Oestreichs achten auch das höchste

Maß politischer Freiheit nicht als Ersatz für die nationale Autonomie. Sie machen mit Freuden von den Rechten Gebrauch, welche die Decemberverfassung ihnen gewährt, aber einzig und allein, um die Verfassung zu bekämpfen. Sie bleiben der Reichsverfassung fern, in der Presse und den Volksversammlungen wird eine völlig revolutionäre Sprache geführt, und in Gegenden mit gemischter Bevölkerung ist ohne Belagerungszustand kaum auszukommen. Hiernach bleibt nur eine Wahl: entweder kehren wir zum Absolutismus zurück und schlagen die nationale Opposition zu Boden, oder wir versuchen aufrichtig die Versöhnung derselben. Aus Liebhaberei wird kein vernünftiger Deutsch-Östreicher dem Föderalismus das Wort reden, der ohne schwere Krisen gewiß nicht einzuführen wäre, der für einige Zeit wahrscheinlich die Kulturbewegung aufhalten würde. Gesegnet sollte sein, wer uns einen andern Ausweg zeigte, aber ein solcher will sich nicht finden.

Die heftigsten Gegner der Autonomie sind diejenigen Politiker, für welche der Bestand Oesterreichs überhaupt nur noch eine Frage der Zeit ist und welche die Auflösung des Reiches in ihrem eigenen Interesse herbeisehnen, unbekümmert um die ungeheueren Consequenzen, welche diese haben müßte nämlich das Vorrücken Rußlands, das Aufgehen Ungarns in einen südslavischen Staat, das Preisgeben aller der Vorposten des Deutschthums in Böhmen, Galizien, Siebenbürgen, Krain u. s. w. So beschränkt der Gesichtskreis dieser Leute ist, dürfen sie doch immer noch eher für Politiker gelten als jenes Gros der Liberalen, welche die Maximen der östreichischen Bureaucratie als Erbschaft übernommen haben und vermeinen, dieselben mit der Doctrin des modernen Liberalismus in Einklang bringen zu können. Allen Respect vor den alten Bureaucraten. Ihnen steht fest, daß im Geiste Maria Theresia's, Joseph's II. und Franz II. fortregiert werden müsse; Oesterreich ist ihnen ein deutscher Staat, und wer sich demselben nicht gutwillig einfügen will, der muß gezwungen, gebrochen, erstickt werden; der Constitutionalismus ist ihnen eine Uebergangsphase, ihr Ziel der despotisme éclairé. Mit ihnen läßt sich reden. Aber Geduld gehört dazu, mit Menschen zu streiten, welche an einer fixen Idee hängen und das einzige Mittel, dieselbe lebendig zu machen, verschmähen, die auf jeden neuen Beweis, daß ihr System undurchführbar sei, die schnelle Antwort haben: es muß gehen, und die lieber den Staat selbst opfern, als eine vorgefaßte Meinung. Sie nennen das Consequenz — ein Wort, das in der Politik, der Erfahrungswissenschaft par excellence, schon viel Unheil angerichtet hat.

In diesen Kreisen ist hohe Entrüstung über eine Schrift, welche aus der östreichischen Partei hervorgegangen ist, „Oesterreich und die Bürgerschaften seines Bestandes, politische Studie von Dr. Adolph Fischhof“ (Wien, Wallischauffer'sche Buchhandlung). Alle Hausmittel der Jour-

nalistik werden angewandt, um die Wirkung dieses Buches abzuschwächen, die große Menge vom Lesen desselben abzuhalten. Der Verfasser wird bald als Ideolog und Phantast, bald als verkappter Czechenfreund behandelt, aus dem Zusammenhange gerissene Sätze sollen ihn als unlogischen Kopf charakterisiren. Und wie allbekannt üben solche Mittel stets ihre Wirkung. Tausende sprechen über die gewissenhafte Arbeit eines Mannes von patriotischer Gesinnung, obgleich sie von derselben nichts kennen, als was perfide Zeitungsberichte ihnen daraus mitgetheilt haben. — Nicht jeden Satz dieses Buches möchte ich unterschreiben. Dem Verfasser ist es aber ganz unzweifelhaft darum zu thun, die Wahrheit zu finden, und ich glaube, daß er sie gefunden hat. Aber wie es Einem in solchem Falle leicht ergeht, wird er einseitig und parteiisch, indem er Andere zu überzeugen sucht. Mit den Czechen muß Frieden gemacht werden, wenn man sie nicht ausrotten will: das macht er Jedem, der sehen will, plausibel. Aber nun möchte er uns den Proceß auch einfacher und leichter vorstellen, als er ist, nun sollen die Czechen eine Nation sein, mit welcher gut zu leben ist — und das sind sie nie gewesen! Als Jude findet Fischhof leicht die Entschuldigung für all' die Eigenschaften, welche den Czechen verhaßt machen: die Unterdrückung soll ihn verdorben haben wie den Juden. Nun übt der Verlust der nationalen Selbständigkeit ohne Zweifel einen sehr verderblichen Einfluß aus, allein es verlohnt sich wohl zu untersuchen, ob die Charaktereigenschaften, welche das Product sein sollen, nicht im Gegentheil eine Ursache waren. Und die Geschichte zeigt uns, daß Juden und Czechen, so weit unsere historische Kenntniß reicht, stets dieselben Anlagen zeigten, welche ihnen jetzt eigenthümlich sind. Haben doch auch die Polen nicht übel Lußt, das was an ihnen nicht „edel“ ist, auf Rechnung der Slaverei zu bringen!

Fischhof erkennt die Nothwendigkeit an, in den Ländern gemischter Nationalität den Minoritäten den ausgedehntesten Schutz gegen Vergewaltigungen zu sichern und er glaubt diesen in den Curien nach dem Vorbilde der schweizer Cantone gefunden zu haben. Dann wird man ihm entschieden beipflichten müssen, wenn er die Furcht nicht gelten lassen will, das deutsche Element werde unterdrückt werden. Für seine Ansicht, daß im Gegentheil deutsche Sprache, Wissenschaft und Kunst von dem Augenblicke an zu neuem Leben unter den fremden Nationalitäten erblühen werden, wo sie diesen nicht mehr aufgenöthigt werden, spricht die Erfahrung in Ungarn seit Wiederherstellung der Verfassung: in aller Stille wird dort wiedereingeführt, was man im ersten Sturm als Erinnerung an die Fremdherrschaft abschaffte. Und — setzen wir hinzu — wenn die Deutschen in Oestreich so geringes Vertrauen in sich und ihre Sache setzen, daß sie bei gleichen Waffen für sich

das Unterliegen fürchten: mit welchem Rechte beanspruchen sie dann die Führerschaft?

Wer ernstlich wünscht mit den gegenwärtigen Zuständen Oestreichs vertraut zu werden, der darf das Buch Fischhofs nicht ignoriren, eines Mannes, welcher mit größerem Rechte als hundert Andere den guten Namen, den er sich 1848 gemacht und in der Zeit der Reaction unbesfleckt erhalten hatte, dazu benutzen konnte, um zu Amt und Würden zu kommen, es aber vorzog unabhängig, keiner Regierung und keiner Partei dienstbar zu sein. Gestatten Sie mir, zur Charakterisirung des Buches einige Stellen hier wiederzugeben. In dem einleitenden Rückblicke auf die jüngste Vergangenheit Oestreichs (seit 1848) heißt es: „Es verwirrte die Zustände überall, in Italien wie in Deutschland, und am schlimmsten daheim im eigenen Hause. Es hinderte die Einigung Italiens, indem es ihr entgegen-, und die Einigung Deutschlands, indem es ihr beitrug. Es sendete Deputirte nach Frankfurt, Truppen nach Mailand; es siegte da und dort, aber nur um zu sieden. Sein ganzes Staatswesen war tief erkrankt; denn um unhaltbare Stellungen zu behaupten, zersplitterte und erschöpfte es seine Kräfte, verlor es seinen Schwerpunkt im Innern, all seine Stützpunkte nach außen; und so ohne Halt schwankte es hin und her und wäre taumelnd in den Abgrund gestürzt, hätte die Vorsehung ihm nicht Solferino und Königgrätz beschieden. Wie es früher an seinen Siegen erkrankte, so gesundete es jetzt an seinen Niederlagen. Das Schicksal entriß ihm gewaltsam, was es freiwillig hinzugeben nicht die Klugheit hatte.“ Als die schwächliche und darum gefährlichste Politik wird aber diejenige der constitutionellen Aera bezeichnet. „Sie bewilligt den Nationalitäten zu viel, um sie niederzuhalten, zu wenig, um sie zu befriedigen. Ihr theilweises und verdrossenes Zugestehen erweckt, als Ausfluß der Schlassheit und des Uebelwollens, Präntensionen und Mißstimmung, während ein volles freundiges Gewähren Sättigung und Behagen brächte. Halbheit deutet stets auf Schwäche des Charakters oder des Urtheils, und wer einen großen Gedanken nicht ganz zu erfassen oder nicht ganz auszuführen vermag, taugt nicht zum Staatsmanne, am allerwenigsten zum östreichischen, welcher, des Zieles sich klar bewußt und der Wege kundig, festen, sicheren und gleichmäßigen Schrittes vorangehen muß, wenn er die Freunde der Monarchie ermutigen und deren Gegner entwaffnen soll. Ein Großstaat aber, den seine Politik dahin bringt, daß er seinen Völkern keine Liebe, seinen Freunden kein Vertrauen, seinen Feinden keine Furcht einzulösen vermag, thut wohl daran, sein Haus zu bestellen, denn er ist an der Neige seines Daseins!“ Solche Sätze und die weiteren Auseinandersetzungen, daß die Staatsklugheit erheische, in nationalen Fragen das Bewußtsein vor Antastung durch Majoritätsbeschlüsse so sicher zu stellen,

wie in religiösem das Gewissen, — daß die centrifugalen Elemente in centripetale umgewandelt werden müssen, indem man ihren Interessen einen Mittelpunkt innerhalb des Reiches gewährt, — daß es ein Unfinn ist, mit dem Werke der Verständigung diejenige Versammlung zu betrauen, welche von der Opposition nur als Ausdruck der feindlichen Partei angesehen wird: alle solche Sätze laufen zu sehr gegen den herkömmlichen Strich, als daß sie unsere Tagespolitiker nicht in Harnisch bringen sollten. Wie zu Schmerlings Zeiten steifen sie sich darauf, daß nichts gegen die Verfassung und auch nichts neben derselben geduldet werden dürfe. Und doch! wie sie im Handumdrehen begeisterte Lobredner des Dualismus wurden, so werden sie sich auch mit dem Föderalismus ausöhnen, wann sie die Gelegenheit verschert haben, an dem Umbau mitzuwirken.

Aus Schleswig-Holstein.

Nachstehendes Schreiben eines Mitgliedes der preussischen Partei in Kiel, gerichtet an einen in den alten Provinzen sesshaften Landsmann, geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu.

Kiel, Anfang December 1869.

Sehr geehrter Herr!

Ihren Brief habe ich einige Zeit liegen lassen müssen, weil der Ausfall der hiesigen Stadtverordnetenwahl abzuwarten stand, bevor ich Ihren Wunsch nach einigen Notizen über die Kieler politischen Dinge erfüllen konnte.

Mit der particularistischen Landespartei, deren Organisation wie überall, so auch hier durch den Verein der schleswig-holsteinischen Kampfgenossen bewirkt wird, und welche die Bezeichnung „liberale Partei“ für sich beanspruchte, hat bei unseren Wahlen die sog. „Colosseumpartei“ die Kräfte gemessen. Das Gros dieser Coalitionspartei bildete die „Volkspartei“, welche den Grundsätzen der süddeutschen Volkspartei huldigt, und deren hiesiger Führer, von Maack, gemeinsam mit dem Reichstagsmitgliede Grafen E. Baudissin die Vereinstage der Frese und Karl Mayer besucht. Diese demokratische Linke hat sich als wohl disciplinirt gezeigt. Im Bunde mit der „Volkspartei“ wirkt nun eine Fraction der preussischen Partei, nämlich derjenige Theil derselben, welcher aus dem Lager der ehemaligen dänischen Gesamtstaatspartei in das preussische übergegangen ist. Als Führer dieser Fraction ist der Justizrath Castagne zu nennen, von ihm laufen die Fäden direct zum Oberpräsidenten, der ihm durch langjährige politische Kameradschaft verbun-